

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 28. November. Der Kaiser unternahm bei dem gestrigen schönen Wetter Mittags eine kurze Promenade in der nächsten Nähe des neuen Palais. Auch gestern ließ das Wohlwollen des Monarchen nichts zu wünschen übrig, so daß vornehmlich heute früh die Abreise Sr. Majestät zur Teilnahme an den Jagden des Fürsten von Pleß nach Pleß erfolgen dürfte. Die Abfahrt dorthin soll von der Station Wildpark aus um 8 Uhr 24 Minuten über Berlin, Frankfurt, Sommerfeld, Breslau und Stettin direkt bis Pleß erfolgen, woselbst die Ankunft am Abend um 7 Uhr erwartet wird. Nach Beendigung der fürstlichen Jagden soll dann am Mittwoch, den 30. d. Mts., Abends um 9 1/2 Uhr auf demselben Wege die Rückreise nach dem neuen Palais bewirkt werden und die Abreise von der Station Wildpark am 1. Dezember früh gegen 1/2 Uhr erfolgen. — Gestern Nachmittag 1 Uhr empfing der Kaiser im neuen Palais das Präsidium des Reichstags. Zur Frühstückstafel waren von den kaiserlichen Majestäten die Professoren Dr. Giffels und Dr. Schottmüller mit Einladungen beehrt worden.

Der Kaiser ist es bekannt geworden, daß zu der als notwendig befundenen Verneuerung der eigenen Einkünfte des Reichs aus dem Brauereiwesen in Gestalt einer Erhöhung der Biersteuer herangezogen werden soll, als auch aus den Unternehmungen der Reichsregierung, die als Folge der geplanten Steuererhöhung eine Verneuerung des Biers für die Konsumenten, bezw. den Ruin einer ganzen Anzahl Brauereibetriebe voraussetzen. Die Behauptung, daß das Brauereiwesen unverwundbar sei, eine Verneuerung zu tragen, welche im Preise des landesüblichen Glases Bier mit 1/2 Pfennig zum Ausdruck gelangen würde, hat für verständliche Menschen keinen Sinn. In Bayern sinkt das Publikum um den halben Preis ein qualitativ das norddeutsche erheblich überbietendes, es ungesundes und bekümmendes, weil ohne jegliche Surrogate, eingebrautes Bier, ungeachtet der dortigen Steuererhöhung noch mehr denn doppelt so hoch ist, als der jetzt für die norddeutsche Brauereigemeinschaft geltende. Dadurch wird doch jedenfalls bewiesen, daß es nicht die Höhe der steuerlichen Belastung ist, an welcher die norddeutsche Brauerei-Industrie krankt. Sie würde auch nach Einführung der erhöhten Brauereierträge immer noch viel günstiger gestellt sein, als ihre bayerische Kollegin. Wenn gleichwohl in norddeutschen Interessentenkreisen der geplanten Biersteuererhöhung Abneigung entgegengebracht wird, so hängt das mit den erwünschten Bedingungen zusammen, unter denen zahlreiche Brauereien arbeiten, sei es, daß ihre Existenz in die berückichtigte Ertrags- und Schwindelzeit zurückgreift, sei es, daß ihr Betrieb in erster Linie auf Erzielung recht hoher Dividenden abgesehen ist, sei es, was speziell für Berlin gilt, daß sie dem Bierverlegerium, welches sich hier als Mittelinstanz zwischen Produzenten und Konsumenten einschoben verhalten hat, tributpflichtig geworden sind. Das Vorhandensein solcher Privilegien rechtfertigt aber noch immer nicht die Behauptung, der Brauereibetrieb sei zur Tragung der geplanten Biersteuererhöhung außer Stande, bezw. die daraus sich logischerweise ergebende Alternative: Weiterverschlechterung der Qualität oder aber Erhöhung des Bierpreises für die Konsumenten. Wie wir bereits ziffernmäßig nachgewiesen haben, würde die reelle Preissteigerung in Folge der geplanten Biersteuererhöhung nur 1/2 Pfennig pro Seidel betragen, also geredetmaßen im Alltagsgebrauch der Konsumenten gar nicht zum Ausdruck kommen können. Gegen einen Preisaufschlag auf das Bier aber wird unser norddeutsches Publikum sich wohl ebenso energisch und erfolgreich zu wehren wissen, als das bayerische es schon zu wiederholten Malen getan hat, und so werden sich denn die Brauereidirektoren und Bierverleger wohl oder übel entschließen müssen, in eine Schmälerung ihres wahrlich nicht geringen Geschäftsgewinnes mit den vorgenannten Pfennigbrutteil zu willigen.

Die Auffstellung einer neuen Tasse für ärztliche Leistungen ist von dem Kultusminister Wisse in Aussicht genommen. Von den Ärzten wird schon seit vielen Jahren darüber Klage geführt, daß sie, wo die gerichtliche Entscheidung bei Honorarforderungen in Frage kommt, oft mit einer der Leistung nicht entsprechenden Vergütung sich nach der noch heute geltenden Tasse aus dem Jahre 1815 zufrieden geben müssen. Um zunächst über die Wünsche der Ärzte in den grundlegenden allgemeinen Fragen der Tassefrage sich zu unterrichten, hat jetzt der Kultusminister den Ärztekammern eine Reihe von Einzelfragen zur Beantwortung vorgelegt. An erster Stelle wird eine Auskunft darüber verlangt, ob es zweckmäßig erscheine, eine einheitliche Tasse für die gesamte Monarchie zu erlassen oder Sonbertagen für die einzelnen Provinzen, weiterhin ob man für das flache Land und die kleinen Städte einerseits und die größeren und die größten Städte andererseits verschiedene Tasspreise normieren sollte. Sodann stellt der Minister zur Erwägung, ob die Tasse nur je eine Mindestgebühr oder eine Mindest- und eine Höchstgebühr neben einander vorsehen soll. An letzter Stelle verlangt der Minister Aufklärung der Ärzte darüber, wie im Einzelnen ärztliche Leistungen, die einen besonderen Zeitaufwand (Fahren über Land, weite Stadtwege, erweisen) durch Zuschläge zur Tasse beglichen werden sollen. Von besonderer Bedeutung ist noch die Frage des Ministers, ob man etwa in Rücksicht auf die Tassefrage für Kommunal- und Staatsanstalten oder Gewerksvereine Sonderbestimmungen aufstellen soll.

Polnische Blätter haben schon vor Wochen als selbstverständlich bezeichnet, daß die polnische Fraktion des Reichstags angesichts der Dürftigkeit des Kultusministers gegen die nationalen Wünsche betreffend den polnischen Sprachunterricht in der Volksschule beschließen werde, gegen die Militärverträge zu stimmen. Als der polnische Kandidat im Wahlkreis Marienwerder-Staum, Herr v. Donimirski, in einer Wählerversammlung eine entgegengelegte Erklärung abgab, bezweifelten die polnischen Blätter, ob Herr v. Donimirski damit den Wünschen der Fraktion entsprochen habe. Man müsse vor allem deren Beschlässe abwarten. Wie jetzt polnische Zeitungen zu melden in der Lage sind, hat die polnische Fraktion des Reichstags Herrn von Rosciski aus dem Fraktionsvorstande und aus der Vertretung der Partei im Senatoren-

konvent befehligt. Darnach hat es den Anschein, als ob die oppositionelle Strömung in der Partei wieder die Oberhand gewonnen habe.

Innerhalb der Zentrumsfraktion des Reichstags ist zu dem zweiten Präsidium noch ein Vorstandspossession geschieden und mit dem Parrer Dr. Schäfer (Eichstätt) besetzt worden. Den Grafen Bellestre und Praying ist damit also im Fraktionsvorstand ein geistliches Element hinzugefügt worden, zugleich aber hat der bairische Zentrumsführer für den früher innegehabten ersten Vorstandsplatz jetzt zwei untere erhalten. Die Kandidatur Sigl im Reichstagswahlkreis Kaufbeuren scheint das Zentrum doch sehr ernsthaft zu nehmen, da zu ihrer Bekämpfung und zur Empfehlung der offiziellen Zentrumskandidatur demnächst der frühere Mandatsträger Dr. Orterer den Wahlkreis bereiten will.

Dem Vernehmen nach haben die Hamburg-Amerikanische Packerfahrts-Gesellschaft sowohl wie der Norddeutsche Lloyd sich bereit erklärt, die Mitglieder der Reichskommission, die Aussteller und deren Angestellte für die Zeit bis zum 31. März nach Amerika und auch auf der Rückreise von da bis drei Monate Schluß der Weltausstellung zu einem um 25 Prozent ermäßigten Tarifpreise zu befördern. Beide Gesellschaften haben jedoch die Zuhilfenahme dieses niedrigeren Tarifpreises von der Beibringung einer Legitimation des Reichskommissars abhängig gemacht. Die Aussteller werden demnach auf thun, sich und ihre nach Chicago gehenden Angestellten mit solchen Legitimationen zu versehen.

Freiburg (Neumarkt), 24. November. Bei der am 24. d. Mts. stattgehabten Reichstags-Verfassungswahl für den Wahlbezirk Arnsweide-Freiburg (1. Frankfurt a. O.) wurden im Ganzen 14,049 Stimmen abgegeben. Hierunter entfallen auf Rector Althardt-Berlin (deutschsozial) 6903, Gutsbeiger-Draue-Sachsen (deutsch-freie) 2915, Rittergutsbesitzer von Waldow-Friedenau (konservativ) 2876, Tischler Millarg-Berlin (sozialdemokr.) 943 und Staatsminister a. D. Dohre-Schubert-Berlin (nationalist.) 406 Stimmen. 6 Stimmen sind gesplittert. Zwischen Althardt und Draue ist somit Stichwahl erforderlich.

Geldern, 26. November. (W. T. V.) Amtliches Ergebnis der am 22. d. Mts. im Wahlkreis Geldern stattgehabten Reichstags-Verfassungswahl. Abgegeben wurden insgesamt 10,689 gültige Stimmen. Davon erhielt der Kandidat des Zentrums, Graf v. Doe, Rittergutsbesitzer zu Wissen, 10,501 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt.

Dresden, 27. November. (W. T. V.) Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen ist heute Vormittag hier eingetroffen und hat sich alsbald vom Bahnhof nach dem Residenzschloß begeben, woselbst der hohe Gast von dem Könige und der Königin auf das herzlichste begrüßt wurde.

Stuttgart, 26. November. Dem „Schwab. Merkur“ zufolge beabsichtigt die Regierung, die württembergischen Gesundheitsämter in Petersburg und Wien aufzuheben. Die betreffenden Posten sollen schon im nächsten Staatshaushalt nicht mehr erscheinen.

München, 25. November. Der General-Intendant der hiesigen Hoftheater und der kgl. Hofmusik Freiherr Karl v. Perfall bezieht heute die seltene Feier seines 25jährigen Amtsjubiläums. Herr v. Perfall, geboren 1824 in München, widmete sich, nachdem er seine juristische Staatsprüfung abgelegt hatte und bereits in den Staatsdienst eingetreten war, ganz dem musikalischen Berufe, zu welchem Zweck er am Leipziger Konservatorium bei Moritz Hauptmann theoretische Studien machte. Praktische musikalische Tätigkeit übte er in München aus, als Dirigent zuerst der Liedertafel, dann des von ihm im Jahre 1854 begründeten (gegenwärtig unter Professor Gluck Leitung stehenden) Oratorienvereins. Auch als Komponist hat er ein fruchtbares, angenehmes Talent vielfach betätigt; in mehreren Opern (darunter „Melusine“ und „Junfer Heinz“, in Festspielen, Märchen, Chorlieden u. s. w.), auch in durch eleganten Stil ausgezeichneten Kirchenmusik. Im Jahre 1864 erfolgte seine Ernennung zum Hofmusik-Intendanten und am 1. November 1867 wurde er durch Danzsbreien König Ludwigs II., unter Beibehaltung in seiner bisherigen Stellung, auch mit der Führung der Hoftheater-Intendanz betraut, deren Geschäfte er bereits am 25. November übernahm. Später erfolgte, nach der ersten Aufführung von Wagner's „Ringeloh“ (22. September 1869) seine Ernennung zum Wirklichen Hoftheater-Intendanten und am 1. Januar 1872 wurde er zum Rang der ersten Hofgasse befördert, unter Verleihung des Titels eines General-Intendanten mit dem Prädikat Excellenz. Baron Perfall gehörte ohne Zweifel zu den verdienstvollsten Theaterleitern, die wir in Deutschland besitzen; unter mancherlei Schwierigkeiten, die theils in besondern einheimischen Umständen, theils in der Ungunst der Zeitverhältnisse überhaupt wurzeln, hat er es verstanden, die seiner Leitung anvertrauten Anstalten auf einer bedeutenden künstlerischen Höhe zu erhalten. Manche Anregungen sind von ihm ausgegangen, die sich auch anderwärts segensreich und fruchtbar erwiesen, und er hat sich auch als Zweiter Präsident des deutschen Bühnenvereins um die Förderung des Bühnennutzens im allgemeinen verdient gemacht. Es würde zu weit führen, auf die Reihe von achtunggebietenden, künstlerischen Leistungen näher einzugehen, welche die Münchener Hofbühne unter v. Perfalls Leitung zu verzeichnen hat; es sei hier nur darauf hingewiesen, daß das Vierteljahrhundert seiner Amtsführung ein wichtiges Stück Geschichte der dramatischen Kunst umfaßt, deren Höhepunkt die Münchener Wagner-Epoche bildet, mit den Erstaufführungen von „Tristan und Isolde“ (1865), „Die Meistersinger“ (1868), „Ringeloh“ (1869) und „Walküre“ (1870). In der letzten Zeit war vielfach von dem bevorstehenden Rücktritt des General-Intendanten die Rede und es schloßten sich daran die verschiedenartigsten, auch in der Presse beprochenen Forderungen und Gerüchte, Beirückungen und Hoffnungen, welche indessen der Berichterstatter an dieser Stelle zu erörtern nicht für sachgemäß hielt. Nimmere ist die ganze Angelegenheit dadurch zum vorläufigen Abschluß geblieben, daß das von Herrn v. Perfall in der That eingereichte Entlassungsgesuch vom Prinz-Regenten nicht angenommen wurde, so daß alles beim alten bleibt.

Zur Vorfeier des Jubiläums brachte gestern Abend nach Schluß der Oper der Hoftheater-Singchor Herrn v. Perfall von seiner Wohnung

in der Maximilianstraße eine Serenade und führte unter Leitung des Chordirektors Professor Dieber drei Perfall'sche Kompositionen auf. Heute früh erfolgte abermals ein Ständchen, darauf fand heute Vormittag in einem Saale des Hoftheaters der eigentliche Festakt statt, zu dem sich das gesamte Künstler- und Beamtenpersonal einfand. Prof. Richter hielt eine angemessene Ansprache, worauf der Gefeirte dankte, indem er zugleich bekannt gab, daß er auf den Wunsch des Prinz-Regenten auf seinem Posten verbleiben werde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. November. Als eine Schwierigkeit der parlamentarischen Lage wird mir bezeichnet, daß Graf Taaffe, vielleicht auch der Kaiser, nicht recht an den Ernst der Linken, zur Opposition überzugehen, glauben. Jedoch ist es Thatsache, daß gerade die meist gemäßigten Mitglieder der Linken, namentlich aus Mähren, Zuzuschriften und Stimmungsberichte ihrer Wähler erhalten, die entschieden fordern, die Linke müsse den jetztigen Sumpf verlassen und Klarheit schaffen, wozu die Regierung steure. Mehrfach werden Mitglieder der Linken, Baron Widmann als zukünftiger Ministerpräsident, der mährische Führer Dr. Weber als Justizminister genannt, wobei man dann an Schönborn als gewöhnlichen Landesminister denkt. Doch fehlt diesen Mutmaßungen bisher jede ernste Bestätigung. Gegenüber Taaffe's Fortschritt, bei einer festen Mehrheitsbildung Pleuers Gesangener zu werden, wird bemerkt, daß die neue Mehrheit jedenfalls von den Polen abhängig bleibe und Taaffe somit gegen den Polenklub ein starkes Mißtrauen gegen sich selbst empfinde.

Wien, 26. November. Die deutsche Linke nahm die Mitteilung von dem Entlassungsgesuch des Ministers Grafen Rüdenburg zum Anlaß zur Kenntnis und sprach dem Minister, sowie dem Klubvorsitzenden einmütig das volle Vertrauen aus. Graf Rüdenburg wurde zum Kaiser herufen, um demselben persönlich über die Lage Bericht zu erstatten.

Wien, 26. November. Die parlamentarische Lage ist bisher unverändert, und da die Parteiführer der Linken über die schwebenden Verhandlungen Niemand Mitteilung machten, so sind die Gerüchte über Veränderungen im Ministerium mit Vorsicht aufzunehmen; doch zeigt die Fortdauer der Verhandlungen, daß bisher kein vollständiger Bruch eingetreten ist. Graf Rüdenburg erlittete dem Kaiser gestern Bericht über die Ursache seines Entlassungsgesuchs, das bisher nicht angenommen ist. Sicher ist, daß sämtliche Parteimitglieder mit dem Gesuch einverstanden sind und keinerlei Spaltung besteht. Andererseits wehrt sich Taaffe gegen eine feste Mehrheitsbildung, weniger unzulänglich ist er gegen Personalangelegenheiten. Der Hofwart-Klub macht Anstrengungen, einen Gegenwart anzuknüpfen. Dr. Kapp, Führer der Liberalen im Hofwart-Klub, berief diese, angeblich um in Opposition zu treten, falls Taaffe der Linken nachgebe.

Im Wiener Gemeinderath macht die Erklärung der Antisemiten, an den ferneren Verhandlungen des Gemeinderaths nicht theilzunehmen, Schwierigkeiten, da die Mehrheit nur 91 Köpfe zählt, für viele größere Fragen jedoch die Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen erforderlich ist. **Wien, 26. November.** Auch die Regierungsblätter preisen Apponyi wegen der gestrigen großartigen Rede über die Zivilhe. Erbschafts-Sammler beklagte die Apponyi demonstrieren, was die Liberalen entsetzte. In der liberalen Partei macht die Kugelgruppe Propaganda für eine Verschmelzung mit Apponyi. Mehrere Obergespanne reichen wegen des Kirchenprogramms ihre Entlassung ein.

Wien, 26. November. (W. T. V.) Der Reichstagsabgeordnete Moritz Wagnermann ist heute plötzlich in Folge Herzschlages gestorben.

Wien, 26. November. (W. T. V.) In den letzten 24 Stunden kamen hier 3 Choleraerkrankungen, aber keine Todesfälle in Folge der Cholera vor.

Schweiz.

Bern, 25. November. Anlässlich des politischen Zwischenfalles Bernoud ist die Frage aufgetaucht, ob nicht die Schweiz darauf bedacht sein sollte, nach der Rückkehr der auf Schweizerischem Gebiet liegenden Strecke der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn verschiedenen Unzulänglichkeiten, die in diesem Verhältnis liegen, abzuhelfen und etwaigen ernstlichen Verwickelungen vorzubeugen. Der Bundesrath beauftragte sein Eisenbahndepartement, die Sache zu prüfen, und die Senner Regierung ist ihrerseits der Rückfrage nach getreten. Für den Bund kann es sich lediglich um die Geltendmachung des konfessionsmäßigen Rückkaufs auf 1903 handeln. Eile hat daher die Angelegenheit nicht. Der Kanton Genf aber könnte auf Grund eines ihm zustehenden Rechtes das fragliche Theilstück der Bahn zu jeder Zeit gegen gewisse Leistungen an die französische Gesellschaft erwerben und es dann dem Bund abtreten. Bei näherer Betrachtung der Dinge hat sich nun gezeigt, wie ein bekannter Sachmann in einem hiesigen Blatte nachweist, daß die Erwerbung des fraglichen Theilstücks sich nicht eignen würde. Selbst die militärischen Rücksichten fallen nicht genügend ins Gewicht, da im Kriegsfall doch die Nachfrage entscheidet und nicht die Eigenthumsfrage. Rame der Grundbesatz des Ausländers ausländischer Bahnen von unferm Staatsgebiet zur Geltung, so müßte auch der bairische Bahnhof in Basel und die über Schweizer Gebiet führenden Strecken der bairischen Staatsbahn zurückgelassen werden. Da es andererseits zweifelhaft ist, ob Genf ein genügendes Interesse daran hat, die Linie Genf-französische Grenze zu eigenen Händen zu erwerben, oder ob es die Mittel hierzu besitzt, so darf mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß der in der ersten Walzung über den Fall Bernoud ziemlich laut ausgesprochenen Absicht des Rückkaufs der Strecke Genf-La Plaine vor 1903 keine praktische Folge gegeben wird.

Belgien.

Brüssel, 26. November. (W. T. V.) In dem Kammerauschusse für die Verfassungsrevision hat die Regierung den Gesetzesentwurf bezüglich des königlichen Referendums zurückgezogen. Der Ausschuss nahm einen Entwurf an, der die Erwerbung von Kolonien gesetzlich regelt.

Brüssel, 27. November. (W. T. V.) Nach einer Meldung des „Mouvement géographique“ befindet sich die Expedition von Kerkhovens vom Kongostaat in Lado, wo seiner Zeit General Gordon und Emin Pascha ihre Residenz aufgeschlagen hatten.

Frankreich.

Der Handelsminister Jules Roche empfing eine von 178 Industriellen und Kaufleuten in Lyon, darunter 162 der bedeutendsten Seidenfabrikanten, unterzeichnete Petition, in welcher der Abschluß von Handelsverträgen mit der Schweiz, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika beantragt wird.

Eine Meldung des vatikanischen Berichterstatters der „Pol. Corr.“ betont, daß die Spitze des vom Papste kürzlich an den Bischof von Orleans gerichteten Schreibens sich gegen die französische Regierung richte, obgleich sie in dem Schriftstücke nicht ausdrücklich genannt wird. Der Papst sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß das gegenwärtige französische Kabinett nicht nur nicht geneigt sei, die vom heiligen Stuhl beharrlich angeforderte Annäherung zwischen Kirche und Staat zu fördern, sondern diese Bemühungen geradezu durchkreuze. Das päpstliche Schreiben bedekte eine dringende Aufforderung an die Katholiken Frankreichs, sich im Hinblick auf die nächsten allgemeinen Wahlen kräftig zu organisieren, um unter Anerkennung der bestehenden Staatsform die der Kirche feindselige Gesetzgebung zu bekämpfen. Der päpstliche Nuntius in Paris, Mgr. Ferrata, soll Anweisungen in diesem Sinne erhalten haben, die er den Führern der katholischen Partei in Frankreich zur Kenntniss bringen wird.

Paris, 27. November. (W. T. V.) Hier wird ein Telegramm aus Portonovo veröffentlicht, nach welchem die Engländer einen Jollopsten an der Mündung des Abjara-Flusses auf einem zu Portonovo gehörigen Gebiete errichtet haben. Das Telegramm fügt hinzu, hierdurch werde das englisch-französische Abkommen vom Jahre 1889 verletzt und es herrsche in Folge dessen eine lebhafteste Erregung unter den dortigen französischen Dabestrebenden.

Paris, 27. November. (W. T. V.) Der Justizminister Ricard hat den Untersuchungsrichter Prinzel, welcher die Voruntersuchung in dem Panama-Prozesse geführt hat, ermächtigt, sich morgen von der parlamentarischen Panama-Untersuchungskommission vernehmen zu lassen.

Der Gouverneur von Algerien hat bei der Regierung beantragt, daß der Leiche des Kardinals Lavigne besondere Ehren erwiesen und die Leiche in einem Regierungskraftschiffe nach Tunis transportiert werden möge.

Italien.

Rom, 26. November. Der heutigen Fraktionsversammlung der monarchischen Radikalen wohnten 29 Deputirte bei, mehrere andere fanden Zustimmungserklärungen. Es wurde beschlossen, daß die äußerste Linke eine wohlwollend abwartende Haltung gegen das Ministerium bewahre, aber eine selbstständige Partei bilde und sich durch demokratische Vorlagen bethätige. Auch die kleine Gruppe der Sozialisten beschloß, sich positiver gesetzgeberischer Tätigkeit zu widmen und den sozialen Vorlagen der Regierung zuzustimmen.

Rom, 26. November. (W. T. V.) Die Deputirtenkammer nahm die Wahl der Budgetkommission vor. Das Ergebnis wird morgen bekannt gegeben. Der „Dinione“ zufolge hätte die Rechte unbefriedigende Stimmzettel abgegeben, da von den 36 Mitgliedern der Kommission ihr nur 4 Mitglieder zugestanden worden waren.

Rom, 27. November. Der vatikanische „Moniteur de Rome“ bringt einen bemerkenswerthen Leitartikel über die deutsche Jesuitenfrage. Er sagt, die Mehrheit der Volksvertretung sei der Rückkehr der Jesuiten günstig. Alles hänge nun vom Kaiser und von der Regierung ab. Die Rückkehr der Jesuiten sei identisch mit der Rückkehr sämtlicher anderen Kongregationen. Uebrigens hätten die Jesuiten in Deutschland schon jetzt wahre Fortschritte zu verzeichnen, da sie trotz des Ausnahmengesetzes daselbst seit mehreren Jahren ungehindert leben und wirken könnten.

Rom, 26. November. (W. T. V.) Der Marineminister San Don ist heute Abend gestorben. Das Leichenbegängnis findet am Dienstag statt. Die Beisetzung soll auf Staatskosten stattfinden.

Ein königliches Dekret betraut den Minister des Auswärtigen, Prin, mit der interimistischen Leitung des Marineministeriums.

Großbritannien und Irland.

London, 26. November. (W. T. V.) Der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft ist aus Rio de Janeiro vom 25. d. Mts. eine amtliche Depesche zugegangen, welche die von Newporf aus in London verbreitete Nachricht von dem Ausbruch einer Revolution in der Provinz Rio Grande do Sul als unbegründet bezeichnet. In der Provinz herrsche Ruhe, die Regierung sei ohne Besorgnis.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. November. (W. T. V.) Der Rest der Militärvorlagen ist heute Nachmittag von beiden Kammern genehmigt worden, so daß nunmehr die gesammelten Vorlagen angenommen sind. Der König wird morgen in Person den Reichstag schließen.

Rußland.

Petersburg, 25. November. Interessant ist es zu beobachten, daß durch die Ernennung des Generals v. Werber, so sehr sie die vornehmliche russische Welt erfreut, doch gewisse Kreise recht stark und nicht ganz angenehm überrascht wurden. Das zeigt sich auch im Gebaren verschiedener russischer Blätter, die sich bisher noch jeder selbstständigen Bezeichnung darüber enthalten. Die „Star“ übertrifft „die diejenigen, die als Nachfolger des hochangesehenen Dogen des hiesigen diplomatischen Korps Generals v. Schweinitz einen Neuling in russischen Verhältnissen erhofften, der sich erst den Boden hätte erobern müssen. Reinesfalls aber rechneten sie auf einen an allerhöchster Stelle so sehr beliebten Diplomaten, wie es General v. Werber unumstößlich ist. So glaubten denn die zahlreichen hiesigen Franzosenfreunde bereits, daß nach Neubefugung

des hiesigen Postfachpostens es der hiesigen französischen Postfach leicht werden würde, ein gewisses Ueberwicht zu erreichen. Sie stützen darauf, der Kaiser gewöhne sich schwer an fremde Gesichter, und rieben sich schon vergnügt die Hände. Die auf ganz persönlichen Wunsch des Zaren erfolgte Ernennung des Generals von Werber hat mithin ihnen einen argen Strich durch die Rechnung gemacht, zumal sie bei all ihrem Aerger dem jüngst gethanen Ausdruck eines hiesigen Blattes recht geben müssen: „Wenn jemand, so ist General von Werber der rechte Mann auf dem rechten Fleck, um gute Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu fördern.“ Man darf auch gespannt auf den Wiederhall sein, den die Ernennung am Seinestrand finden wird. Die Pariser Blätter thun ja so wie so schon ein wenig eifersüchtig, beispielsweise über den Besuch des russischen Thronfolgers in Wien und des Großfürsten Vladimir in Potsdam.

Mit Bezug auf den jüngst gemeldeten Versuch verschiedener Fabriken, die Kronkasse durch übermäßige Forderungen zu schädigen, erklärt heute der Direktor der Südwestbahnen, Zedermann in Rußland befindet sich in derselben schwierigen Lage, wie seiner Zeit das Kriegsministerium bei der ausgeführten Bombenlieferung, und zwar nur in Folge des Schutzsystems und der industriellen Sympatie. Das Kriegsministerium könne noch den Kampf mit ihnen aufnehmen, sich im äußersten Falle an das Ausland wenden; andere aber, beispielsweise die Eisenbahnverwaltungen, nicht. Ihnen seien die Befestigungen im Ausland verboten und sie demgemäß der Willkür der russischen Fabriken vollkommen preisgegeben. Es sei äußerst erfreulich, daß endlich eine Regierungsbekörbe diese Schwierigkeiten an sich selbst kennen gelernt habe.

Petersburg, 26. November. (W. T. V.) Zur Prüfung des geplanten Baues einer neuen sibirischen Eisenbahn hat der Kaiser eine Kommission unter dem Vorsitze des Präsidenten des Robstitutionsdepartements des Reichsraths, Geheimraths Soltyz eingesezt. Die vom Kaiser ernannten Mitglieder der Kommission sind der Präsident des Ministerkomitees Bunge, der Finanzminister Witte, der Minister des Innern Durnovo, der Reichsbankdirektor Schtschepin, der Minister für Kommunikationen Krivoscheine, der Marineminister Tschichatschow, der Kriegsminister Bannowski sowie der Präsident des Delonomie-Departements des Reichsraths, Alaba, und der vormalige Finanzminister Wsch-negradski.

Für den Abschluß der in Folge der vorjährigen Mißernte nothwendig gewordenen Maßnahmen zur Volksernährung hat der Kaiser 15 Millionen Rubel auf Rechnung des Budgetjahres 1892 bewilligt.

Petersburg, 26. November. In den ersten 8 Monaten d. J. betrugen die ordentlichen Recheinnahmen 529,070,000 Rubel gegen 530,668,000 Rubel im Vorjahre, die außerordentlichen Einnahmen im Jahre 74,893,000 Rubel gegen 28,218,000 Rubel im Vorjahre; die außerordentlichen Einnahmen im Jahre 82,725,000 Rubel gegen 6,476,000 Rubel im Vorjahre. Die ordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 554,831,000 Rubel gegen 517,120,000 Rubel im Vorjahre, die außerordentlichen Ausgaben auf 92,088,000 Rubel gegen 73,224,000 Rubel im Vorjahre. Die Ausgaben für Rechnung früherer Budgets hinzugeordnet belaufen sich die Ausgaben für die ersten acht Monate d. J. auf 762,712,000 Rubel gegen 667,453,000 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Serbien.

Belgrad, 26. November. Im Auftrage der Regierung erschien heute der Stadtrath in Begleitung von Genannten in der Steuerverwaltung des Kreises Belgrad und entließ sofort sämtliche Beamten dieser Behörde ihrer Stellen. Ein Widerstand wurde nicht geleistet.

Bulgarien.

Die Sofianer „Swoboda“ bezieht jetzt wie der mit der Veröffentlichung einiger Enthüllungen aus der Tätigkeit der russischen Gesandtschaft in Bulgarien, die — ganz zeitgemäß — Erbschaften in Rumänien betreffen. So wird behauptet, daß die Gesandtschaft das Vermögen des verstorbenen Bulgaren Reslow aus Letzen im Betrage von fast 3 Millionen Franken vor Jahren eingezogen habe, die Herausgabe den Erben verweigere und größere Summen zu direkt russischen Zwecken, wie zum Bau des Gesandtschaftsgebäudes, verwende. Weiter erzählt das Blatt, daß der bulgarische Metropolit Raskow im Jahre 1880 der Gesandtschaft 465,000 Franken übergeben und 1887 testamentarisch die ganze Summe der bulgarischen Regierung zu frommen Stiftungen vermache. Die russische Gesandtschaft verweigere die Zahlung unter dem Vorwande, daß in Bulgarien Anarchie herrsche. Und jetzt kommt ein origineller Vorschlag. Die „Swoboda“ stellt fest, daß Bulgarien von Rußland für die Verpflegung der Okkupationstruppen im Jahre 1879 9 Millionen Franken und mit Hinzurechnung der Vermögen Reslow und des Metropolit Raskow 12 1/2 Millionen zu erhalten habe. Diese Forderung müsse im Namen des Volkes einer russischen Forderung für Befugungskosten gegenübergestellt werden. Ob Rußland damit zufrieden sein würde, ist eine andere Frage; auch würde man in Sofia im Ernste gar nicht daran denken, sich wegen Gelangensgelegenheiten mit dem Zarenreiche heranzutreten. Die Erbschaftsenthüllungen haben jedenfalls nur den Zweck, die russische Ehrlichkeit ins richtige Licht zu stellen.

Rumänien.

Bukarest, 27. November. (W. T. V.) Der König eröffnete heute das Parlament mit einer Thronrede, in welcher es heißt, die bevorstehende Heirath des Thronfolgers sei ein glückliches Ereignis, sie werde die Bande zwischen der englischen und rumänischen Dynastie sowie der englischen und rumänischen Bevölkerung befestigen und weiter entwickeln und eine Wertschätzung für die Zukunft des Landes bilden. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien die freundschaftlichsten. Rumänien sei durch seine korrekte Haltung bei den internationalen Beziehungen, durch seine Mäßigkeit und den unabweisbaren Wunsch, Europa die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu erhalten, ein geachteter Faktor in dem europäischen Kongreß geworden. Der glän-

London, 26. November. 96 $\frac{1}{2}$. 3. 2. 2.
 Zucker loco 16,37, ruhig. — Rüben ob
 Zucker loco 13,87, fest. — Centrifugal
 Zucker —.
 London, 26. November. An der Auk 4
 Weizenladung n. angeboten. — Weiter: Leichter
 Mehl.
 Newyork, 26. November. Vorn. Petro-
 leum. (Anfangsnotirung.) Rive line certifi-
 cates per Dezember —. Weizen per De-
 zember 83,75.
 Newyork, 26. November. Wechsel auf Lon-

5.35. Bipe line actif per Dezember — D.
— C. Preis 3 D. 10 S. Winter. Weizen loco — D. 77½ S. Rother

Kaffee per November — D 76 $\frac{1}{2}$ C., per
 December — D. 77 C., per Mai — D.
 83 $\frac{3}{4}$ C. *viridefracti* 2,25 *Mais*
 per December 50,75. *Bader* 2 $\frac{1}{16}$ C. *Malz*
 et 10,25. *Kaffee* *Mio* *Ma* 717,50. *Schmalz*
 per December ord. *Mio* Nr. 7 16,75 *Kaffee*
 per Februar ord. *Ma* Nr. 7 16,50. *Weizen*
 (*Antonia* *Mos* 8) et *Mai* 83,75.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 26. November. *Worm* 10 Uhr
 30 Min. (Telegramm der Herren *Willems* u. Co.)
Wolle. *La Plata*-Zug, *Type B.* per *Dezember*
 4,75 bez. per *April* 4,85 *Käufer.*

Kaufwesen.

Berlin, 26. November. *Wochen-Uebersicht* der
Reichsbank vom 23. November.

Activa.

- 1) Metallbestand (der Bestand an tauschfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund feins zu 1392 M. berechnet M. 875,836,000, Zunahme 15,043,000.
- 2) Bestand an Reichsstaatspapiere M. 22,067,000, Zunahme 807,000.
- 3) Bestand an Noten und Banf. M. 10,895,000, Zunahme 448,000.
- 4) Bestand an Wechseln M. 561,844,000, Abnahme 14,623,000.
- 5) Bestand an Lombardforbrg. M. 84,533,000, Abnahme 5,372,000.
- 6) Bestand an Effekten M. 9,371,000, Zunahme 2,051,000.
- 7) Bestand an sonst. Activen M. 35,260,000, Abnahme 71,000.

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120,000,000 unverändert.

9) Der Reservefonds M. 30,000,000 unverändert.

10) Der Behr. der umlauf. Not. M. 995,361,000, Abnahme 32,012,000.

11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten, 437,718,000, Zunahme 29,222,000.

12) An sonstigen Passiva M. 8,019,000, Zunahme 684,000.

Telegraphische Depeschen.

Potsdam, 28. November. Se. Majestät der Kaiser ist heute früh 8½ Uhr nach Pless abgereist.

Königsberg i. Pr. Für die Kreise Goldap, Darkehmen und Stallupönen hat sich ein liberaler Wahlverein gebildet.

Thorn, 28. November. Auf der Weichsel und Naogat treibt bei geringem Wasserstande

Grundeide. Die Stunnen-Schiffahrt ist, wie von allen Seiten gemeldet wird, eingestieft worden. Das plötzliche Frofetter kommt Vielen unerwartet. Der diezjährige Schiffahrtverkehr auf der Weichfel, wie den anderen östlichen Strömen war sehr fchwach. In den großen Städten

machen sich unter der Arbeiterbevölkerung schon jetzt die Anzeichen eines Nothstandes bemerkbar; anzuerkennen ist, daß von Seiten der Kommunen

wie der Privatwohlthätigkeit viel gethan wird, der Noth zu steuern. Es kommt in Betracht, daß der diesjährige Arbeitsverdienst der Leute geringer war als in anderen Jahren.

München, 28. November. Die gestern hier stattgefundene zahlreich besuchte Versammlung der Commisſion aus Schriftſtellern, alten Meistern

Journalisten und Schriftsteller aller Parteien richtungen wählte einen Ausschuß zur Vorbereitung eines allgemeinen deutschen Journalisten- und Schriftstellertages, welcher im nächsten Jahre in München stattfinden soll und

Wien, 28. November. Gestern fand, wie die „*Sonn- und Montagszeitung*“ melbet, wegen

der innerpolitischen Situation ein Ministerrat statt, welcher bis 5 Uhr Nachmittags dauerte, aber jedoch keine endgültige Entscheidung herbeiführte.

Brüssel, 28. November. Der Ministerpräsident Baernaert hat, um der Kammermehrheit entgegenzukommen, den Antrag, das Königsgesetzgebungs in die Verfassung einzuschreiben.

Die radikale und liberale Vereinigung Brüssels hat auf den Antrag Jansons erklärt, daß sie noch nie vor an der Forderung der

Mons. 23 November. Die Zechen von Mariemont hat die Löhne um 5 Prozent gekürzt, die Blaufarben-Fabrik St. Symeonien damit einen

Rom, 27. November. Nach einer Meldung der Abendblätter wird Admiral Rascia im nächsten

London, 27. November. Die Anarchisten, welche für heute Nachmittag ein Meeting auf Trafalgar-Square zum Protest gegen die Austie-

ferung des Anarchisten François angeklagt hatten, theilten der Polizeibehörde in letzter Stunde mit, sie wollten das Meeting wegen Mangels an Rednern nicht abhalten. Die Polizei

traj nichtsofortwenger umfaffende Maßregeln un-
verhinderte die auf dem Plage während des Nach-
mittags sich aufammelnde Menge von einigen
Tausend Personen, darunter eine größere Anzahl

ausländischer Revolutionäre und viele Kengzertige stehen zu bleiben. Mehrere Personen versuchten Ansprachen zu halten, wurden jedoch sofort von der Polizei daran gehindert. Schließlich zerstreut

sich die Menge. Ruhestörungen kamen nicht vor.